



Soziale Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung: Anspruch und Wirklichkeit einer Sozialen Stadtpolitik am Beispiel dreier deutscher Großstädte

René Böhme

Deutsche Großstädte zwischen wirtschaftlicher Prosperität und verfestigter Armut

Nachdem lange Zeit die Krise der industriell geprägten Stadt und der Sozialen Stadt (Hanesch 2011) im Vordergrund von wissenschaftlichen Diskussionen stand, wird seit Ende der 1990er Jahre verstärkt die Frage diskutiert, ob nun ein Ende der Suburbanisierung, eine Wiederkehr der Städte, ihre Renaissance oder Reurbanisierung bevorstehe. Mit der Plausibilität der Reurbanisierungsthese, die von einer neuen Attraktivität und Rückkehr der Städte ausgeht, hat sich Stefan Siedentop (2008) auseinander gesetzt. Er weist daraufhin, dass noch vor wenigen Jahren die Städte für viele als bauliche Zeugnisse einer vergangenen, industriell geprägten Ökonomie und Gesellschaft galten. Doch es vollziehe sich ein erstaunlicher Wandel. Städte und Stadtregionen, die lange Zeit von Bevölkerungsverlusten sowie der Erosion der Beschäftigung betroffen waren, könnten auf neuerliche Einwohner- und Arbeitsplatzzuwächse verweisen. Berichtet werde über eine abnehmende Stadt-Umland-Wanderung, diskutiert werde über eine neue Anziehungskraft großer Städte für junge Bildungseliten und ältere Haushalte.

Doch die anfänglichen Hoffnungen, früher oder später würden alle gesellschaftlichen Gruppen von diesem Wachstum und dem damit zusammenhängenden zunehmenden Wohlstand profitieren, erwiesen sich spätestens seit der Finanzmarktkrise 2009 als Illusion. Vielmehr steigt die Armut auch in Phasen wirtschaftlicher Prosperität, verfestigt sich und konzentriert sich verstärkt in den großen Städten (DPWV 2011; Seils, Meyer 2012; Statistisches Bundesamt 2013). Trotz stark rückläufiger Arbeitslosigkeit liegen die Quoten der Armutsgefährdung in den meisten der Großstädte mit mehr als 400.000 Einwohnern zwischen 18 und 25 Prozent. Die fortgesetzte soziale Segregation hat zur Folge, dass sich prekäre Lebenslagen in den benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren konzentrieren (Friedrichs, Triemer 2009). In diesen Gebieten erreichen die Armutsquoten Werte bis zu 40 Prozent und mehr. Kinder sind besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen (Bertelsmann Stiftung 2012), womit vielfach Benachteiligungen in Hinblick auf die gesundheitliche Entwicklung und die Teilhabe an Bildungsprozessen einhergehen.

Alarmierender Zusammenhang zwischen Armut und Wahlbeteiligung

Alarmierend ist in diesem Zusammenhang, wie sich die soziale Polarisierung und die Verfestigung von Armut auf die Beteiligung der Menschen an demokratischen Partizipationsprozessen auswirken. Die Teilnahme an Wahlen, politischen Versammlungen, Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen ist ebenso sozial determiniert wie das Engagement in Parteien oder sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeiten (Schäfer 2009). Deutlich



wird das vor allem bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit vom Sozialraum. Am Beispiel Bremens führt Lothar Probst (2013) aus, wie stark die Quote der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II mit der Wahlbeteiligung eines Ortsteils korreliert. So liegt die Wahlbeteiligung in benachteiligten Quartieren in Bremen bei Bundes- und Landtagswahlen nur bei ca. 40 bis 50%, während diese in bürgerlichen Quartieren bis zu 80% und mehr beträgt. In der sozial hochproblematischen Dortmunder Nordstadt nehmen bei Kommunalwahlen z. T. nur noch weniger als 20% der Bewohner/-innen ihr Wahlrecht wahr (s. nachfolgende Tabelle).

Tabelle: Sozialindikatoren ausgewählter Ortsteile

Analysekategorie	Dortmund- Nordmarkt	Bremen- Kirchhuchting Sodenmatt Mittelshuchting	Nürnberg- Galgenhof Steinbühl Gostenhof
Migrantenanteil 2011	68%	37-40%	52-60%
Anteil U18 2011	22,2%	17,0-19,5%	15,6-16,8%
Arbeitslosenziffer 2011	19,7%	18,0-18,9%	9,0-11,7%
SGB II-Quote 2011	40,1%	25,3-26,4%	18,0-25,0%
Kinderarmutsquote 2011	>50%	38,6-42,8%	28,9-31,6%
Beteiligung Kommunalwahl 2011/12	17%	38,6-42,8%	35,1-41,2%

Quelle: Prigge, Böhme 2013.

Demokratische Wahlen erzeugen demnach hochgradig sozial selektive Ergebnisse. Eine Art »Klassenspaltung der Demokratie« (Bovenschulte 2013) ist erkennbar.

Aufgrund der gesellschaftlichen Polarisierung und der fortgesetzten sozialen Spaltung der Stadtgesellschaften stehen Großstädte in Deutschland vor neuen komplexen sozialen und politischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund stellen sich u. a. folgende Fragen: Wie gehen sie damit um? Inwieweit verfügen sie im Mehrebenen-Sozialstaat über lokale Handlungsspielräume? Und wie nutzen sie diesen Handlungsspielraum? Der vorliegende Beitrag widmet sich v. a. der ersten Frage. Er diskutiert und bilanziert die partizipativen Governance-Reformen, die im Rahmen einer Sozialen Stadtpolitik entwickelt und umgesetzt wurden. Grundlage hierfür bilden die Ergebnisse eines [empirischen Forschungsprojekts zur Sozialen Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg](#) (Prigge, Böhme 2013).



Zentrale Merkmale und Strategien einer Sozialen Stadtpolitik

Ausgangspunkt unserer empirischen Untersuchung war die These, dass sich mit der Sozialen Stadtpolitik eine neue Form von kommunaler Sozialpolitik etabliert. In Ansätzen wurde dieser Politiktyp von Rolf Prigge und Roy von Rittern (2010) am Beispiel politischer und administrativer Reformen in Bremen im Zeitraum von 2007 bis 2009 beschrieben. Mit Hilfe von Fallstudien in Dortmund, Bremen und Nürnberg konnten veränderte Steuerungsmodi und Schlüsselstrategien einer Sozialen Stadtpolitik aufgezeigt werden (Prigge, Böhme 2013). Eine Soziale Stadtpolitik setzt den sozialen Ausgleich in den Mittelpunkt kommunalen Handelns und verfolgt damit im Gegensatz zur sozialen Stadtteilentwicklung einen erweiterten politischen Gestaltungsanspruch. Dieser findet seine Ausformung in einem veränderten Steuerungsmodus. Grob lassen sich folgende (theoretischen) Elemente einer Sozialen Stadtpolitik festhalten:

- Mit einer regelmäßigen Sozialberichterstattung wird über die Verteilung von Armut und von Lebenslagen informiert, um Ausgrenzung und Teilhabe in der gesamten Stadt, den Stadt- und Ortsteilen sowie Quartieren sichtbar zu machen.
- Die im Wirkungskreis der Großstädte liegenden institutionell und prozedural garantierten lokalen Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Sen 2000) sollen gestaltet und verbessert werden. Das heißt, dass der Fokus kommunalen Handelns darauf gerichtet ist, die Teilhabechancen aller Bürger/-innen vor Ort zu verbessern.
- In der politischen Programmfamilie einer Sozialen Stadtpolitik wird eine größere Zahl von unterschiedlichen Politikpfaden und Strategien (z. B. Frühe Hilfen und Gesundheitsdienste, Kindertagesbetreuung, Bildung/Schule, Jugendhilfedienste, Freizeit, Arbeitsmarktpolitik, Sozialsponsoring u. v. m.) koordiniert und integriert.
- Durch veränderte Governancestrukturen wird die integrative (dezernats-/ressortübergreifende), sozial-räumliche (auf einzelne Quartiere und Ortsteile bezogene) und diskursive (mit Beteiligung der Bürger/-innen und Stadtteilakteure organisierte) Entwicklung und Steuerung der Programmfamilie und von sozial-integrativen Einzelstrategien ermöglicht.

Eine der beiden Schlüsselstrategien einer Sozialen Stadtpolitik stellt die soziale Stadtteilentwicklung dar. Darunter sei ein Strategiekonzept verstanden, welches v. a. darauf abzielt, die Lebensbedingungen der Bewohner/-innen in benachteiligten Wohngebieten zu verbessern. Den Intentionen einer Sozialen Stadtpolitik folgend sollten partizipative Governance-Reformen im Feld der sozialen Stadtteilentwicklung darauf zielen, die Einbindung und Beteiligung der Menschen vor Ort in die Aktivitäten der sozialen Stadtteilentwicklung sicherzustellen – gerade vor dem Hintergrund der hohen Wahlenthaltung in diesen Quartieren. Das kann zu mehr Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeitsüberzeugung, höherem Kompetenzerleben und damit letztendlich zu verbesserten Teilhabechancen der Bewohner/-innen führen (Hartung 2011). Inwieweit dieser Anspruch lokal eingelöst wird, soll im folgenden Abschnitt anhand von Beispielen aus den Fallstudien zur Sozialen Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg aufgezeigt werden.

Beispiele partizipativer Governance-Reformen aus Bremen, Dortmund und Nürnberg

Als partizipative Governance-Reformen gelten Maßnahmen, die auf die Stärkung der lokalen Demokratie und Bürgerbeteiligung gerichtet sind. Ziel sollte es sein, das bürgerschaftliche Engagement, die Elemente direkter Demokratie und die Rechte der Stadtteilvertretungen und Stadtteilgruppen so auszubauen, dass sich alle Bürger/-innen in ihren spezifischen Lebenslagen und mit ihren Interessen in die Stadt- und Stadtteilpolitik sowie Quartiersentwicklung einbringen können. Hierfür ist eine Verbesserung der horizontalen als auch der vertikalen Koordinierung erforderlich. Eine horizontale Koordinierung stellt die Einbindung aller Stadtteilakteure und -interessen in die Soziale Stadtpolitik sicher. Eine vertikale Koordinierung trägt dazu bei, die Interessen des Quartiers mit der Ebene der gesamtstädtischen Politik zu verknüpfen. Sie stellt sicher, dass lokale Bedarfe und Problemlagen bei den Planungsaktivitäten der Fachbehörden berücksichtigt werden. Beide Formen sind unerlässlich für eine gelingende Soziale Stadtpolitik.

Das Bund-Länder-Programm »Die Soziale Stadt« sowie lokale Komplementäransätze haben diese Aspekte überwiegend aufgegriffen. In den untersuchten Programmgebieten finden sich Beispiele für eine horizontale Koordinierung in Gestalt von Bürgerforen oder Stadtteilgruppen. Diese werden vielfach durch ein lokales Quartiermanagement organisiert und versammeln die Akteurinnen und Akteure der Quartiersentwicklung. Die Entscheidungskompetenzen dieser Gruppen sowie die Einbindung von Bewohnern/-innen sind jedoch lokal sehr unterschiedlich. Oftmals dominieren Trägervertreter diese Gruppen. Zudem gelingt es nur selten, Menschen aus prekären Lebenslagen in diese institutionalisierten – und zumeist formalisierten – Beteiligungsforen einzubinden. Von positiven Erfahrungen wurde v. a. dort berichtet, wo die Alltagsprobleme der Menschen in den Sitzungsablauf integriert und den Bewohnern/-innen weitreichende Entscheidungsrechte, z. B. hinsichtlich der Auswahl und Genehmigung von lokalen Projekten, eingeräumt wurden. Oftmals stehen für Bewohnerprojekte nur sehr gering ausgestaltete Verfügungsfonds zur Verfügung. In Anbetracht der Einschränkungen des Programms »Soziale Stadt« in der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 besteht die Gefahr, dass diese, für Bewohneraktivierung zur Verfügung stehenden Mittel, nun auch von den etablierten Trägern als Ausgleich für die Kürzungen in Anspruch genommen werden.

Ein Beispiel für eine vertikale Koordinierung in den Programmen der sozialen Stadtteilentwicklung können integrierte Planungsgruppen verschiedener Fachbehörden auf gesamtstädtischer Ebene darstellen. Schwierigkeiten bestehen jedoch häufig dabei, die lokalen Interessen und Probleme in diese gesamtstädtischen Planungsgruppen zu transportieren, da Quartiersvertreter kaum Zugang zu diesen Steuerungsgruppen haben. Eine dauerhaft eingerichtete lokale Koordinationsstelle für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung (Quartiermanagement, Stadtteilkoordination, Aktionsraumbeauftragte) kann dem entgegenwirken. Sie erfüllt eine zentrale Funktion, indem sie die lokalen Interessen erfasst, bündelt und in die politisch-administrativen Prozesse einbringt. Dortmund versucht mit der Einrichtung von einem Quartiermanagement und Aktionsraumbeauftragten zwischen der lokalen Aktivierung und Projektbegleitung einerseits und der Koordinierung zwischen Stadtteil und Stadtpolitik andererseits zu unterscheiden. Als problematisch für die Nachhaltigkeit der Bewohnerbeteiligung erweist es sich, wenn das Quartiermanagement als ein zeitlich befristetes Sanierungsmanagement

verstanden wird, dem lediglich die Aufgabe obliegt, in einem einmaligen Partizipationsprozess die Zustimmung der Menschen vor Ort zu geplanten investiven Maßnahmen zu erreichen. Oftmals scheitern zudem bewährte oder angestrebte Projekte an den begrenzten finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommune. So erweist es sich zum einen als schwierig, erfolgreiche Projekte in die Regelfinanzierung der Dezernate zu überführen. Zum anderen ist die Erfüllung von Wünschen aus Beteiligungsprozessen aufgrund knapper Kassen vielfach nicht möglich.

Eine weitere Form vertikaler Koordinierung stellt die Aufwertung der Stadtteilpolitik dar. Dies lässt sich in den untersuchten Großstädten teilweise daran festmachen, dass die Bereiche »Bürgerbeteiligung« bzw. »Angelegenheiten der Stadtteilparlamente« mittlerweile organisatorisch der Stadtspitze – z. B. dem Oberbürgermeisterbüro – zugeordnet wurden. Ein anderer Ansatz besteht in der Stärkung der demokratisch legitimierten Stadtteilvertretungen. Deren Wirken kann durch die Förderung und den Einbezug von Bürgerinitiativen und aktorsbezogenen Stadtteilarbeitskreisen (Bürgervereine, Stadtteilarbeitskreise, Stadtteilforen, Stadtteilgruppen) sinnvoll ergänzt werden. Die Rolle dieser Institutionen ist in den Großstädten aber oftmals ambivalent. Die ehrenamtlichen und im Quartier verwurzelten Stadtteilpolitiker verfügen oft über gute Kenntnisse der Situation vor Ort, z. B. in Bezug auf die Versorgung mit Ganztagschulen und der Kindertagesbetreuung. Gleichwohl sind die Aufgabenbereiche und die lokalen Budgets vergleichsweise bescheiden, so dass die Einflussmöglichkeiten auf die Ausrichtung der sozialen Stadt- und Stadtteilpolitik sehr begrenzt sind. In Bremen wurden die Rechte der demokratisch gewählten Stadtteilvertretungen mit dem Beirätegesetz punktuell erweitert. Die Themen »Informationen«, »Planung und Koordinierung« sowie »Bürger- und Jugendbeteiligung« stellen nun zusätzliche Schwerpunkte der Arbeit in den Beiräten dar. Mit Stadtteilberichten und öffentlichen Stadtteilplanungskonferenzen, an denen die Vertreter/-innen der Fachbehörden nun teilnehmen müssen, soll zudem die Abstimmung der dezentralen und zentralen Ebene der Stadtpolitik verbessert werden. Da diese Sitzungen öffentlich stattfinden, können auch interessierte Bürger/-innen daran partizipieren. Ergänzend dazu vertreten von Schüler/-innen gewählte Jugendbeiräte die Interessen der Jugendlichen im Stadtteil. Jugendbeiräte erhalten hierfür ein separates Budget. Nürnberg ist dagegen die einzige der 15 größten deutschen Städte, die keine demokratisch gewählten Stadtteilvertretungen besitzt. Dort wird versucht, dieses Beteiligungsdefizit durch informelle Formen wie Bürgerversammlungen oder Bürgervereine aufzufangen.

Ein weiteres, in den empirischen Fallstudien beobachtbares Element partizipativer Governance-Reformen stellt eine veränderte Diskurspolitik dar. Diese zeigt sich zum Beispiel in unterschiedlichen Formen des sog. Agenda-Settings, d. h. der Thematisierung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Stadtöffentlichkeit. Hierbei sind in den Städten verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Strategien beteiligt. In Bremen versucht die Arbeitnehmerkammer (z. B. 2007) mit den jährlich erscheinenden Berichten zur sozialen Lage sowie mit einer Reihe von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen auf die soziale Spaltung der Stadt und die Situation einzelner von Armut besonders betroffener Gruppen aufmerksam zu machen. Zudem unterstützte die Bremische Evangelische Kirche von 2007 bis 2013 mit einem speziellen Fonds Projekte der Kirchgemeinden zum Thema »Armut und Reichtum« (Danielzick, Steinhardt 2013). Zur sozialen Lage der Stadt Dortmund hat die Evangelische Kirche



Dortmund und Lünen 2008 einen Bericht veröffentlicht (Bruhn-Tripp 2008). Darüber hinaus hat sich das Instrument der lokalen Armutskonferenz zur Kontextpflege der Sozialen Stadtpolitik bewährt. Die Untersuchung zeigt, dass mittels dieser neuen Diskurspolitik die lokalen Akteurinnen und Akteure bei der sozialen Stadtteilentwicklung und Armutsbekämpfung beteiligt werden. Wichtig ist, dass die Ortsteile, ihre Institutionen und ihre Bewohner/-innen dabei eingebunden sind und auf Armutskonferenzen ihre spezifischen Belange zur Sprache bringen können. So kann zum Beispiel auch die Wirkung von eingeleiteten Maßnahmen und Programmen der Sozialen Stadtpolitik und der Armutsprävention zum Thema einer Armutskonferenz gemacht werden. Zudem hat sich gezeigt, dass sich daraus auch neue Ansätze zur Armutsbekämpfung und integrierte Aktionspläne ergeben können. In Nürnberg hat sich aus Armutskonferenzen sogar ein trägerübergreifendes »Bündnis gegen Armut« entwickelt, das selbstständig weitere Initiativen ergreift.

Erfolge, Perspektiven und Grenzen partizipativer Governance-Reformen

Die von uns untersuchten Großstädte machen in verschiedener Hinsicht deutlich, dass Partizipation im Rahmen der Entwicklung einer Sozialen Stadtpolitik an Bedeutung gewonnen hat. Die Kommunen versuchen dabei mit verschiedenen Strategien zum einen, die Interessen der professionellen Stadtteilakteure besser in den gesamtstädtischen Politikprozess einzubinden. Zum anderen versuchen sie, im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung den Bewohnern/-innen ganz konkrete Betätigungsfelder zu eröffnen. Trotz dieser Bemühungen lassen sich mit Hilfe unserer Fallstudien Umsetzungsprobleme resümieren. So werden die Stadtteile zwar bei der Bedarfserhebung und Umsetzung von Programmen verhältnismäßig intensiv in die Stadtpolitik einbezogen werden. Bei politisch-strategischen Grundsatzentscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene hingegen sind die Stadt- und Ortsteile nur selektiv beteiligt. Möglicherweise besteht hier die Sorge, zu viel Verantwortung an die dezentrale Ebene abzugeben. Die Verwaltungskräfte benötigen zudem eine (noch) höhere Sensibilität für lokale Prozesse und eine stärkere Bereitschaft, sich den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen und auch an Stadtteilarbeitsgruppen teilzunehmen. Eine Sozialraumorientierung wie sie für die sozialen Dienste propagiert wird oder die Benennung von »Raumbeauftragten« in den Fachbereichen kann klarere Verantwortlichkeiten schaffen. Ohne die beschriebenen Veränderungen, die wir in den untersuchten Städten teilweise vorgefunden haben, besteht die Gefahr, dass Stadtteil- und Bürgerbeteiligung reine Symbolpolitik bleibt und die Probleme und Bedarfe vor Ort bei der Planung nicht ausreichend zur Kenntnis genommen werden. Die oftmals schmalen Stadtteilbudgets begrenzen die lokalen Handlungsmöglichkeiten. Eine Verstetigung von erfolgreichen Projektansätzen ist kaum möglich und Vorschläge von Bürger/-innen scheitern vielfach an den finanziellen Rahmenbedingungen. Die Achillesferse der Beteiligung bleibt die Einbindung von Bürger/-innen in sozialen Problemlagen bzw. von Zuwanderern/-innen. Die Erwartung, dass soziale Stadtteilentwicklung mit ihren Ansätzen der Bürgerbeteiligung kurzfristig neue Teilhabechancen generiert, ist angesichts der Verfestigung von Armut und Ausgrenzung nicht zuletzt durch bundespolitische Rahmenbedingungen möglicherweise überhöht.



Literatur

Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.) (2007): Bericht zur sozialen Lage. Schwerpunkt: Die soziale Spaltung der Stadt. Bremen.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012): Entwicklung der Kinderarmut; <http://www.keck-atlas.de/>.

Bovenschulte, A. (2013): Interview zur Bundestagswahl. In: Zier J. »Eine Art Klassenspaltung«, taz Bremen 24.09.2013.

Bruhn-Tripp, J. (2008): Zur sozialen Situation in Dortmund im Spiegel des Dortmunder Sozialberichts und Sozialstrukturatlas. Dortmund: Evangelische Kirche zu Dortmund und Lünen.

Danielzick, I., Steinhardt, B. (2013): Gemeinsam für eine soziale Stadt: Das Sessionsthema 2007-2013 der Bremischen Evangelischen Kirche. Bremen.

DPWV (Hrsg.) (2011): Von Verhärtungen und neuen Trends: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011. Berlin.

Friedrichs, J., Triemer, S. (2009): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. 2. Auflage. Wiesbaden.

Hanesch, W. (2011): Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen und die Zukunft des „lokalen Sozialstaats“. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Die Zukunft der »Sozialen Stadt«: Strategien gegen die soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden, 7-46.

Hartung, S. (2011): Partizipation – eine relevante Größe für individuelle Gesundheit? Auf der Suche nach Erklärungsmodellen für Zusammenhänge zwischen Partizipation und Gesundheit. Working Paper Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2011-303.

Prigge, R., von Ritttern, R. (2010): Bremen kann sozialer werden: Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik. Bremen.

[Prigge, R., Böhme, R. \(2013\): Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg – Soziale Spaltung, Armutsprävention und Chancengerechtigkeit als politische Herausforderungen! Bremen.](#)

Probst, L. (2013): SGB II Quote und Wahlbeteiligung in den Ortsteilen. In: Zier J. »Eine Art Klassenspaltung«, taz Bremen 24.09.2013.

Schäfer, A (2009): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. MPIfG Jahrbuch 2009–2010. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.



Seils, E., Meyer, D. (2012): Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen. WSI-Report 08, November 2012.

Sen, A. (2000): Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.

Siedentop, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 193-210.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Autor

René Böhme ist Sozialwissenschaftler am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen. Er hat Sozialwesen an der HTWK Leipzig (Diplom) und Sozialpolitik an der Universität Bremen (Master) studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kommunale Sozialpolitik und Bildungspolitik im Kontext von Armut und sozialer Spaltung.

Kontakt

Universität Bremen
Institut für Arbeit und Wirtschaft
René Böhme
Tel.: (04 21) 2 18-6 17 22
rboehme@iaw.uni-bremen.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de